

Georg Classen  
Flüchtlingsrat Berlin  
Georgenkirchstr 69–70  
10249 Berlin  
[www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de)

## Weisung vom 13.06.07 zum Kindergeld für Ausländer

Das dem Bundesfinanzministerium unterstehende Bundeszentralamt für Steuern [www.bzst.de](http://www.bzst.de) erlässt bundesweit gültige Weisungen an die Familienkassen zum Kindergeld, die hier veröffentlicht sind:

[www.bzst.de/003\\_menu\\_links/010\\_kindergeld/031\\_familienkassen/index.html](http://www.bzst.de/003_menu_links/010_kindergeld/031_familienkassen/index.html)

Dort findet sich – neben weiteren Weisungen, Antragsformularen etc. zum Kindergeld – auch die beiliegende, lange erwartete, bundesweit verbindliche Weisung vom 13.06.07 zum Kindergeldanspruch von Ausländern nach dem mit Gesetz vom 13.12.06 neu gefassten § 62 Einkommenssteuergesetz (EStG).

Die Neufassung des § 62 EStG erfolgte aufgrund von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes aus 2004 zum Kindergeld für Ausländer mit voraussichtlich dauerhaftem Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen, setzt diese aber nur unzureichend um.

Das Gesetz mit Erläuterungen des Flüchtlingsrates Berlin (u.a. zur Verfassungswidrigkeit der für manche Ausländer geforderten Ausübung einer Erwerbstätigkeit) findet sich hier:

[www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Familienleistungen\\_2006.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Familienleistungen_2006.pdf)

## Die Weisung stellt mehrere Fragen klar:

\* Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis nach einer **Altfall- oder Bleiberechtsregelung** der IMK (§ 23 Abs. 1 AufenthG) erhalten Kindergeld auch, wenn sie NICHT erwerbstätig sind.

Diese Gruppe ist von Ausländern, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG "**wegen eines Krieges in ihrem Heimatland**" erteilt wurde, strikt zu trennen!

\* Ausländer mit einer in § 62 Abs. 2 Nr. 2c EStG genannten Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 "wegen eines Krieges in ihrem Heimatland", nach **§ 23 a** oder **§ 25 Abs. 3 bis 5 AufenthG** müssen **zusätzlich** zwei Voraussetzungen erfüllen (§ 62 Abs. 2 Nr. 3 EStG):

a) Sie müssen sich seit mindestens drei Jahren rechtmäßig, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet aufhalten UND

b) im Bundesgebiet berechtigt ERWERBSTÄTIG sein, laufende Geldleistungen nach SGB III beziehen oder Elternzeit in Anspruch nehmen.

\* **Erwerbstätigkeit** ist die selbständige Tätigkeit und die Beschäftigung im Sinne des SGB IV.

Unter berechtigter Erwerbstätigkeit ist jede erlaubte selbständige und nichtselbständige Tätigkeit zu verstehen, einschl. **geringfügiger** Beschäftigung und geringfügiger **selbständiger** Tätigkeit; nicht jedoch die in § 16 SGB II genannten Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung ("Ein-Euro-Jobs").

Zu den laufenden Geldleistungen nach dem SGB III gehören u. a. Arbeitslosengeld I, berufliche Weiterbildungskosten und Berufsausbildungsbeihilfe (BAB).

Die Weisung nennt somit **keinen MINDESTumfang** der Erwerbstätigkeit!

\* Asylberechtigte und **anerkannte Flüchtlinge** nach der GK erhalten Kindergeld ab Erteilung des Aufenthaltstitels.

Nach Art. 2 des Vorläufigen Europäischen Abkommens über Soziale Sicherheit vom 11. 12. 1953 (BGBl. 1956 II S. 507) in Verbindung mit Art. 2 des Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen haben anerkannte Flüchtlinge zudem unabhängig davon, ob der Aufenthaltstitel bereits erteilt wurde, einen Anspruch auf Kindergeld, sofern sie mindestens 6 Monate in Deutschland wohnen.

Das Abkommen ist **RÜCKWIRKEND** auch auf Zeiträume anwendbar, die **vor dem Zeitpunkt der unanfechtbaren Anerkennung**, aber nach Ablauf der Sechs-Monats-Frist liegen!

\* Auch **ohne einen der in § 62 EStG genannten Aufenthaltstitel** erhalten (z.B. als Asylsuchende, Geduldete, Studierende...) Kindergeld:

- Angehörige der alten und neuen **EU**-Staaten und der **EWG**,
- sozialversicherungspflichtig tätige Arbeitnehmer mit Staatsangehörigkeit **Bosnien und H, Montenegro, Serbien und Türkei**,
- **türkische Staatsangehörige, auch wenn sie keine Arbeitnehmer** sind, aber seit mindestens 6 Monate in Deutschland wohnen (z.B. eine Mietwohnung, das Wohnen in einer Gemeinschaftsunterkunft erkennen die Familienkassen nicht an),
- mindestens einem Zweig der deutschen **Sozialversicherung** (als Arbeitnehmer, Rentner, Studenten usw.) angehörende Staatsangehörige der **Schweiz, Marokkos, Tunesiens und Algeriens**.

## Weitere Infos:

. Leitfaden Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge, Grundlagen für die Praxis, Hrsg. Flüchtlingsrat Niedersachsen, Februar 2005, Postversand <http://www.nds-fluerat.org> 5.– EUR Spende, download [www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Ru-106.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Ru-106.pdf) (1,3 MB)

. Gesetze, Durchführungsvorschriften, Rechtsprechungsübersichten, Arbeitshilfen zum Flüchtlingssozialrecht und zum Zuwanderungsgesetz  
[www.fluechtlingsrat-berlin.de/gesetzgebung.php](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/gesetzgebung.php)



POSTANSCHRIFT Bundeszentralamt für Steuern, 53221 Bonn

Familienkassen i. S. d. § 72 EStG

Familienkassen der Bundesagentur für  
Arbeit

HAUSANSCHRIFT An der Kuppe 1, 53225 Bonn

BEARBEITET VON

Steuerabteilung National

TEL +49 (0) 18 88 40 6- 2300

FAX +49 (0) 18 88 40 6- 4284

E-MAIL kindergeld@bzst.bund.de

INTERNET www.bzst.bund.de

BETREFF **Familienleistungsausgleich;  
Änderung der DA-FamEStG 62.4 aufgrund des Gesetzes zur Anspruchsberechtigung von  
Ausländern wegen Kindergeld, Erziehungsgeld und Unterhaltsvorschuss (BGBl. 2006 I  
S. 2915 ff.)**

BEZUG

ANLAGEN

GZ **St II 2 - S 2470 - 2/2006** (bei Antwort bitte angeben)

DATUM 13. Juni 2007

§ 62 Abs. 2 EStG wurde durch das Gesetz zur Anspruchsberechtigung von Ausländern wegen Kindergeld, Erziehungsgeld und Unterhaltsvorschuss (BGBl. 2006 Teil I S. 2915 ff.) ab 1. 1. 2006 neu gefasst und lautet wie folgt:

„(2) Ein nicht freizügigkeitsberechtigter Ausländer erhält Kindergeld nur, wenn er

1. eine Niederlassungserlaubnis besitzt,
2. eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, die zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt oder berechtigt hat, es sei denn, die Aufenthaltserlaubnis wurde
  - a) nach § 16 oder § 17 des Aufenthaltsgesetzes erteilt,
  - b) nach § 18 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes erteilt und die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit darf nach der Beschäftigungsverordnung nur für einen bestimmten Höchstzeitraum erteilt werden,
  - c) nach § 23 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes wegen eines Krieges in seinem Heimatland oder nach den §§ 23a, 24, 25 Abs. 3 bis 5 des Aufenthaltsgesetzes erteilt

oder

3. eine in Nummer 2 Buchstabe c genannte Aufenthaltserlaubnis besitzt und
  - a) sich seit mindestens drei Jahren rechtmäßig, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet aufhält und
  - b) im Bundesgebiet berechtigt erwerbstätig ist, laufende Geldleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch bezieht oder Elternzeit in Anspruch nimmt.“

§ 52 Abs. 61a EStG (n. F.) bestimmt, dass die Neufassung des § 62 Abs. 2 EStG in allen noch nicht bestandskräftig festgesetzten Kindergeldfällen – ggf. auch vor dem 1. 1. 2006 – anzuwenden ist.

DA-FamEStG 62.4 wird aufgrund des Gesetzes zur Anspruchsberechtigung von Ausländern wegen Kindergeld, Erziehungsgeld und Unterhaltsvorschuss wie folgt neu gefasst:

### ***„DA 62.4 Kindergeldanspruch für Ausländer***

#### **DA 62.4.1 Allgemeines**

(1) <sup>1</sup>§ 62 Abs. 2 EStG stellt für nicht freizügigkeitsberechtigte Ausländer (auch Staatenlose) aufenthaltsrechtliche Anspruchsvoraussetzungen auf, die zusätzlich zu den Voraussetzungen in § 62 Abs. 1 EStG vorliegen müssen (zu den Freizügigkeitsberechtigten siehe DA 62.4.3):

<sup>2</sup>Ausländer, denen eine Niederlassungserlaubnis (z.B. nach den §§ 9, 19, 23 Abs. 2, § 26 Abs. 3 und 4, § 28 Abs. 2, § 31 Abs. 3, § 35 oder § 38 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet, Aufenthaltsgesetz - AufenthG) erteilt wurde, haben Anspruch auf Kindergeld. <sup>3</sup>Die Niederlassungserlaubnis ist ein unbefristeter Aufenthaltstitel. <sup>4</sup>Sie berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit und ist zeitlich unbeschränkt.

<sup>5</sup>Ausländer, denen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, die zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt oder berechtigt hat, sind ebenfalls anspruchsberechtigt. <sup>6</sup>Die Berechtigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit folgt unmittelbar aus dem AufenthG für Aufenthaltserlaubnisse insbesondere nach den § 25 Abs. 1 und 2, §§ 28, 31, 37 und 38 AufenthG. <sup>7</sup>In den Fällen von §§ 30, 32, 34, 35 Abs. 3 und § 36 AufenthG, also in Konstellationen des Familiennachzugs, muss grundsätzlich eine Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit durch die Ausländerbehörde genehmigt werden. <sup>8</sup>Da nach § 4 Abs. 2 Satz 2 AufenthG jeder Aufenthaltstitel erkennen lassen muss, ob die Ausübung einer Erwerbstätigkeit erlaubt ist, ergibt sich die Berechtigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit aus der Nebenbestimmung zur Aufenthaltserlaubnis. <sup>9</sup>Für den Anspruch auf Kindergeld kommt

es darauf an, ob überhaupt einmal die Ausübung einer Erwerbstätigkeit genehmigt gewesen ist.

<sup>10</sup>Auch wenn aktuell keine Erwerbstätigkeit erlaubt sein sollte, reichen frühere Berechtigungen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit aus. <sup>11</sup>Zur Erwerbstätigkeit berechtigt ist ein Ausländer auch, wenn eine vor dem 1. 1. 2005 erteilte Arbeitsberechtigung als uneingeschränkte Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zur Aufnahme einer Beschäftigung (s. § 105 Abs. 2 AufenthG) fortgilt.

<sup>12</sup>Ausländer, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung nach Anordnung durch die obersten Landesbehörden) erteilt worden ist, haben grundsätzlich einen Anspruch auf Kindergeld nach § 62 Abs. 2 Nr. 2 EStG. <sup>13</sup>Es handelt sich dabei vor allem um Personen, denen auf Grund der Altfall- bzw. Bleiberechtsregelungen aus den Jahren 1999, 2000, 2001 und 2006, die von der Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder beschlossen wurden, eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG erteilt bzw. verlängert wurde. <sup>14</sup>Diese Gruppe ist von der Gruppe von Ausländern, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG „wegen eines Krieges in ihrem Heimatland“ erteilt wurde, strikt zu trennen: für letztere richtet sich der Anspruch auf Kindergeld nach § 62 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe c und Nr. 3 (hierzu s.u.).

<sup>15</sup>Nicht anspruchsberechtigt sind trotz Berechtigung zur Erwerbstätigkeit (§ 62 Abs. 2 Nr. 2 Buchstaben a) und b) EStG):

- Personen, denen eine Aufenthaltserlaubnis für ein Studium, einen Sprachkurs oder einen Schulbesuch erteilt wurde (§ 16 AufenthG),
- Personen, denen eine Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der betrieblichen Aus- und Weiterbildung erteilt wurde (§ 17 AufenthG) und
- Personen, denen eine Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke einer Beschäftigung nach § 18 Abs. 2 AufenthG erteilt wurde, die nach der Verordnung über die Zulassung von neueinreisenden Ausländern zur Ausübung einer Beschäftigung (Beschäftigungsverordnung - BeschV) nur für einen bestimmten Höchstzeitraum erteilt werden darf, d.h. deren Aufenthaltserlaubnis nicht zum selben Zweck über eine bestimmte Frist hinaus verlängert werden darf.

<sup>16</sup>Nur für einen begrenzten Zeitraum darf die Aufenthaltserlaubnis erteilt werden bei Saisonbeschäftigungen (§ 18 BeschV), Schaustellergehilfen (§ 19 BeschV), Au-Pairs (§ 20 BeschV), Haushaltshilfen (§ 21 BeschV), Hausangestellten von Entsandten (§ 22 BeschV), Sprachlehrern und Spezialitätenköchen (§ 26 BeschV), bei internationalem Personalaustausch und zur Vorbereitung von Auslandsprojekten (§ 31 BeschV), bei entsandten Arbeitnehmern (§ 36 BeschV), bei Werkverträgen und Gastarbeitnehmern auf Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen (§§ 39 und 40 BeschV).

<sup>17</sup>Ausländer, die Inhaber einer in § 62 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe c) EStG genannten Aufenthaltserlaubnis nach

- § 23 Abs. 1 AufenthG wegen eines Krieges in ihrem Heimatland (Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden),
- § 23 a AufenthG (Aufenthaltsgewährung in Härtefällen),
- § 24 AufenthG (Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz) oder
- § 25 Abs. 3 bis 5 AufenthG (Aufenthalt aus humanitären Gründen)

sind, müssen für einen Anspruch auf Kindergeld zusätzlich folgende zwei Voraussetzungen erfüllen (§ 62 Abs. 2 Nr. 3 EStG):

- a) Sie müssen sich seit mindestens drei Jahren rechtmäßig, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet aufhalten und
- b) im Bundesgebiet berechtigt erwerbstätig sein, laufende Geldleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) beziehen oder Elternzeit in Anspruch nehmen.

<sup>18</sup>Erwerbstätigkeit ist nach § 2 Abs. 2 AufenthG die selbständige Tätigkeit und die Beschäftigung im Sinne von § 7 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV - nichtselbständige Arbeit in einem Arbeitsverhältnis mit weisungsgebundener Tätigkeit und Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers). <sup>19</sup>Unter berechtigter Erwerbstätigkeit ist jede erlaubte selbständige und nichtselbständige Tätigkeit zu verstehen einschließlich der Ausbildungen, bei denen den Auszubildenden eine Vergütung gezahlt wird, sowie der geringfügigen Beschäftigung und geringfügigen selbständigen Tätigkeit im Sinne des § 8 Abs. 1 SGB IV (sog. „400-Euro-Minijobs“); nicht dazu zählen jedoch die in § 16 Zweites Buch Sozialgesetzbuch genannten Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung (sog. „Ein-Euro-Jobs“). <sup>20</sup>Zu den laufenden Geldleistungen nach dem SGB III gehören gem. § 3 Abs. 1 SGB III („Leistungen der Arbeitsförderung“) u. a. Arbeitslosengeld (sog. „ALG I“), berufliche Weiterbildungskosten und Berufsausbildungsbeihilfe. <sup>21</sup>Hinsichtlich der Voraussetzung „Inanspruchnahme von Elternzeit“ kommt es nicht darauf an, ob Anspruch auf Elterngeld besteht.

<sup>22</sup>Während des mindestens dreijährigen rechtmäßigen Aufenthalts nach Buchstabe a) muss keine der in Buchstabe b) genannten Voraussetzungen erfüllt sein. <sup>23</sup>Sind die oben genannten zusätzlichen Voraussetzungen nach § 62 Abs. 2 Nr. 3 Buchstabe a) und b) EStG erfüllt, besteht Anspruch auf Kindergeld ab dem Kalendermonat, in dem der vorausgehende dreijährige Mindestaufenthalt endet; endet er jedoch am letzten Tag eines Kalendermonats, besteht Anspruch auf Kindergeld erst ab dem Folgemonat.

(2) <sup>1</sup>Bei Vorlage eines der in Absatz 1 genannten Aufenthaltstitel ist das Datum seiner Erteilung zu Grunde zu legen; ein rückwirkender Anspruch wird dadurch nicht begründet. <sup>2</sup>Wird die Verlängerung dieses Aufenthaltstitels oder die Erteilung eines anderen in Absatz 1 genannten

Aufenthaltstitels vor dem Ablauf des ursprünglichen Aufenthaltstitels beantragt, jedoch erst nach ihrem Ablauf erteilt, besteht auch für die Zeit bis zur erneuten Erteilung durchgehend Anspruch auf Kindergeld. <sup>3</sup>In diesem Zeitraum besitzen die Antragsteller i.d.R. eine „Fiktionsbescheinigung“ nach § 81 Abs. 4 und 5 AufenthG, mit der die Aufenthaltserlaubnis fortgilt.

(3) <sup>1</sup>Vor dem 1. 1. 2005 erteilte Aufenthaltsberechtigungen (§ 27 Ausländergesetz - AuslG) sowie unbefristete Aufenthaltserlaubnisse (§ 15 AuslG) gelten fort als Niederlassungserlaubnis (§ 101 Abs. 1 AufenthG). <sup>2</sup>Die übrigen in § 5 AuslG genannten Aufenthaltsgenehmigungen gelten fort als Aufenthaltserlaubnis entsprechend dem ihrer Erteilung zu Grunde liegenden Aufenthaltswert und Sachverhalt (§ 101 Abs. 2 AufenthG). <sup>3</sup>Vor dem 1. 1. 2005 erteilte Arbeitsberechtigungen gelten als uneingeschränkte Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zur Ausübung einer Beschäftigung fort (§ 105 Abs. 2 AufenthG) und begründen somit – in Verbindung mit der entsprechenden Aufenthaltserlaubnis – einen Kindergeldanspruch nach § 62 Abs. 2 Nr. 2 EStG.

(4) <sup>1</sup>Die bisherige Regelung des § 62 Abs. 2 Satz 2 EStG, wonach ein Arbeitnehmer, der zur vorübergehenden Dienstleistung nach Deutschland entsandt wurde, kein Kindergeld erhält, ist entfallen. <sup>2</sup>Ob ein Kindergeldanspruch besteht, richtet sich nach den allgemeinen Regelungen. <sup>3</sup>Dies gilt auch für Kontingentflüchtlinge.

#### **DA 62.4.2 Asylberechtigte und Flüchtlinge**

(1) <sup>1</sup>Als Asylberechtigte anerkannte Ausländer, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 AufenthG erteilt worden ist sowie anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 AufenthG erteilt worden ist, erhalten Kindergeld nach § 62 Abs. 2 Nr. 2 EStG ab dem Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels. <sup>2</sup>Nach Art. 2 des Vorläufigen Europäischen Abkommens über Soziale Sicherheit unter Ausschluss des Systems für den Fall des Alters, der Invalidität und zugunsten der Hinterbliebenen vom 11. 12. 1953 (BGBl. 1956 II S. 507) in Verbindung mit Art. 2 des Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen haben anerkannte Asylberechtigte und Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention zudem unabhängig davon, ob der Aufenthaltstitel bereits erteilt wurde, einen Anspruch auf Leistungen des Vertragsstaates unter denselben Bedingungen wie dessen Staatsangehörige, sofern sie seit mindestens sechs Monaten im Vertragsstaat wohnen. <sup>3</sup>Das genannte Vorläufige Europäische Abkommen ist in diesen Fällen rückwirkend auch auf Zeiträume anwendbar, die vor dem Zeitpunkt der unanfechtbaren Anerkennung, aber nach Ablauf der Sechs-Monats-Frist liegen.

(2) <sup>1</sup>Ist das Kindergeld wegen fehlender Anspruchsberechtigung abgelehnt worden und wird nach erfolgter Anerkennung als Asylberechtigter oder als Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 oder § 25 Abs. 2 AufenthG erteilt und dann für dieselben Kinder erneut ein Antrag auf Kindergeld gestellt, ist erneut über eine Festsetzung unter Berücksichtigung der Ausführungen im vorangehenden Absatz zu entscheiden. <sup>2</sup>Ist die ursprüngliche ablehnende Festsetzung materiell bestandskräftig geworden, kann sie nach § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Abgabenordnung (AO) ab dem Monat der Anerkennung zu ändern sein.

#### **DA 62.4.3 Staatsangehörige aus einem anderen EU-, EWR- oder Vertragsstaat**

(1) <sup>1</sup>Die Erfordernisse nach § 62 Abs. 2 EStG gelten nicht für Staatsangehörige der EU- bzw. EWR-Staaten und ihre Familienangehörigen, deren Rechtsstellung von dem Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern geregelt ist (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG i. V. m. § 2 Abs. 2 Freizügigkeitsgesetz/EU). <sup>2</sup>Zur Europäischen Union (EU) bzw. zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) gehören neben der Bundesrepublik Deutschland folgende Staaten: Belgien, Bulgarien (seit 1. 1. 2007), Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Polen, Österreich, Portugal, Rumänien (seit 1. 1. 2007), Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. <sup>3</sup>Unionsbürger, die nicht freizügigkeitsberechtigt i. S. des Freizügigkeitsgesetzes/EU sind, haben Anspruch auf Kindergeld, wenn sie die Voraussetzungen des § 62 Abs. 2 EStG erfüllen.

(2) <sup>1</sup>Zwischen der EU und der Schweiz ist das Abkommen über die Freizügigkeit des Personenverkehrs vom 21. 6. 2001 (BGBl. II S. 810) geschlossen worden und für die Bundesrepublik Deutschland am 1. 6. 2002 in Kraft getreten (BGBl. II S. 1692). <sup>2</sup>Danach haben in Deutschland beschäftigte schweizerische Arbeitnehmer im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 grundsätzlich Anspruch auf Kindergeld in Deutschland. <sup>3</sup>Der Arbeitnehmerbegriff nach Art. 1 Buchstabe a der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 ist abhängig von der Zugehörigkeit zu einem System der sozialen Sicherheit (pflichtversichert oder freiwillig (weiter-)versichert); darunter fällt namentlich die (gesetzliche) Krankenversicherung. Arbeitnehmer sind danach z.B. Angestellte, Beamte, Rentner, Studenten und (freiwillig weiterversicherte) Selbständige. <sup>4</sup>§ 62 Abs. 2 EStG ist insoweit nicht anzuwenden.

(3) <sup>1</sup>Das Erfordernis der Inhaberschaft eines in § 62 Abs. 2 EStG genannten Aufenthaltstitels gilt nicht für Arbeitnehmer aus Staaten, mit denen zwischenstaatliche Abkommen bestehen.

<sup>2</sup>Abkommensstaaten sind: Bosnien und Herzegowina, Marokko, Montenegro, Serbien, Türkei und Tunesien. <sup>3</sup>Arbeitnehmer sind in diesem Zusammenhang insbesondere



- Personen in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis einschließlich der Zeiten des Bezugs von Kurzarbeitergeld,
- Bezieher von Arbeitslosengeld I und
- Personen, die Geldleistungen der Krankenversicherung wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit erhalten.

(4) <sup>1</sup>Für türkische Arbeitnehmer ergibt sich ein Anspruch auf Kindergeld ferner aus dem Beschluss Nr. 3/80 des Assoziationsrates vom 19. 9. 1980. <sup>2</sup>Für Arbeitnehmer aus Algerien, Marokko und Tunesien ergibt sich der Kindergeldanspruch auch aus den Assoziationsabkommen, die die EG mit diesen Staaten geschlossen hat. <sup>3</sup>Hier ist – im Gegensatz zu den oben erwähnten zwischenstaatlichen Abkommen – der Arbeitnehmerbegriff der Verordnung (EWG) 1408/71 zu Grunde zu legen (s.o. unter (2)). <sup>4</sup>Für die übrigen Fälle folgt auch aus dem Vorläufigen Europäischen Abkommen über Soziale Sicherheit unter Ausschluss des Systems für den Fall des Alters, der Invalidität und zugunsten der Hinterbliebenen vom 11. 12. 1953 (BGBl. II 1956 S. 507) nach einem sechsmonatigen Aufenthalt im Bundesgebiet ein Anspruch auf Kindergeld für türkische Staatsangehörige.

(5) <sup>1</sup>Die Zuständigkeit der Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit ist in diesen Fällen zu beachten (vgl. DA 72.3 Abs. 1).“

Diese Weisung steht im Internet unter der Adresse <http://www.bzst.bund.de> zum Abruf bereit.

Im Auftrag

Kleine